

Birger P. Priddat

## Macht Beratung Elite?

Politische Beratung dient zum einen der Entscheidungsvorbereitung, zum anderen gehört sie zum Ritus der demokratischen Zeremonie: Sie dient der Ausweisung von Macht, die darin besteht, über Budgets zu verfügen.

Eliten sind in Demokratien Mitglieder jener Gruppierungen, die über Budgets verfügen, die sie für Beratung verausgaben. Was und wie beraten wird, ist zweitrangig im Verhältnis zur performativen Demonstration des Beratenwerdens. Wer sich beraten lässt, stellt unter Beweis, dass er sich beraten lassen kann. Damit zeigt man zudem indirekt eine gewisse Unabhängigkeit von Lobbys und Interessenverbänden, deren Beratungen ja permanent und gratis in die Politik einfallen. Man hat die (Budget-) Macht, sich unabhängige Berater einzukaufen. Das sind Macht-Zeichen, Insignien der Macht.

Das ist weniger, als man erwartet, wenn man das Wort ›Elite‹ verwendet. Doch öffnet sich der Zugang zu dieser Verfügungsmacht nur wenigen. ›Elite‹ ist dann der Name für das Rekrutierungs- und Filtersystem dieses Zugangs, inklusive seiner ›Governance‹.

Nicht der Inhalt der Beratung, sondern ihr Umfang und die Reputation des Beraters zeigen die Macht, über Budgets zu verfügen, indem demonstriert wird, dass für Beratung viel Geld ausgegeben wird. Das scheint allen demokratischen Normen zu widersprechen, aber budgetäre Verfügungsmacht ist echte demokratische Macht, weil sie legitimiert auftritt.

Wenn man Verfügungsmacht hat – und die über das Budget stellt die höchste Form dieser Verfügungsmacht dar –, dann ist sie nicht in jedem Punkt gebunden, sondern partiell frei. Diese Freiheit nutzt die Politik, die sich darin als mächtig erweist, Lösungen zu kaufen, die sich andere nicht leisten können.

Beratung munitioniert die politische Rhetorik. Man hat, dermaßen gewappnet, die besseren Zahlen, den besseren Auftritt, die bessere Brille, Frisur oder Kleidung. Diese Abkehr von der Habermas'schen Diskurswelt tritt

auf als Inszenierung des Diskurses (als Issue Management): Politische Beratung ist – so gesehen – die operativ-ästhetische, argumentative und rhetorische Aufrüstung eines nach eigenen Regeln ablaufenden Diskursprozesses.

Politische Eliten arbeiten auf der Bühne: Sie gleichen Schauspielerensembles, deren Mitglieder immer wieder ausgetauscht werden, damit das Stück, das sie spielen, erfolgreich bleibt.

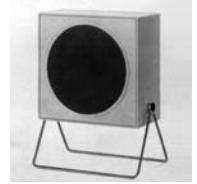
Eliten sind Klubs, die nicht nur Karrierechancen eröffnen oder ebendiese ihren Mitgliedern garantieren, sondern sie machen auch Misserfolge unsichtbar, und zwar durch Versorgungsseitenausstieg. Diese Klubs kooptieren Mitglieder. Wer Mitglied ist, bekommt auch ein Amt. Man arbeitet zunftartig, weshalb in den – klassischen – Eliten wenig Konkurrenz herrscht.

In demokratischen Verfassungen organisieren sich Eliten parteiisch. Der Wechsel von einer zur anderen Partei ist nicht selbstverständlich; er verstößt noch gegen den ›Ésprit du corps‹. Folglich fraktionieren Eliten, bilden Diversitäten und Klubmannigfaltigkeiten.

Das Risiko der Politiker erhöht sich in den modernen Eliten. Deshalb versuchen sie, die Zugänge zu Ämtern zu maximieren. Das hat zwei Folgen:

Zum einen wird zunächst der Konkurrenzkampf um Ämter eröffnet. Diese Konkurrenz produziert zum anderen einen medialen Wettbewerb, um Aufmerksamkeit zu akkumulieren – für die Netzwerkdimension und im Blick auf die *nach-aktive* Phase. Die Political Governance wird also daraufhin beobachtet, wer netzwerkfähig ist, wer Ämter zu verteilen vermag.

Das bedeutet: Beratung erweist sich eher als ein Geschäft der Aufmerksamkeitssteigerung und weniger als eines der Beratung im inhaltlich-politischen Bereich. Das bedeutet zudem: Moderne Politiker können sich nicht mehr auf Elitenvereine verlassen, die ihnen ihre Versorgung über die Versorgung mit Ämtern sichern. Deshalb



vertrauen sie systematisch nicht ihren Parteien, sondern nur den Netzwerken, die sie selber bedienen und aufgebaut haben, gegebenenfalls quer zu ihren Parteien. Sie wollen Ämter unabhängig von der Patronage, weil die Opportunismuskosten zu hoch sind und im Übrigen auch die Risiken, dennoch nicht honoriert zu werden. Als Resultat wird eine schnellere Ämtermaximierung als zuvor angestrebt. Fazit: Strategie verfällt, und Myopie – also eine kurzsichtige Taktik – wächst.

Der Wettbewerb der Politiker um mediale Aufmerksamkeit destruiert die Elite-Bindungen; Wettbewerb ist ein Gegenprinzip zum Elite-Corps. Deshalb haben wir es heute in der Politik vornehmlich mit temporären oder sogar virtuellen Eliten zu tun: auf Zeit projektierten Zweckverbänden, die einander während bestimmter Zeitabschnitte unterstützen, um dann wieder in Konkurrenz gegeneinander zu treten.

Man kann diese Anforderung als Netzwerkanforderung beschreiben. Weil niemand mehr zu einer Elite gehört, die sich über ein Selbstbewusstsein plus Bildung definiert, sind Eliten heute Führungsüberforderungen, die durch Beratungen kompensiert werden. Daran ist offensichtlich erstaunlich, dass die Beratung nicht durch die Elite selbst erfolgt, sondern durch externe Berater, die sich, wegen der Nähe zur Macht, selber als Elite gerieren.

Man kann es abschließend so formulieren: Berater sind Koalitionspartner im politischen Raum (ohne selber politisch zu sein), die weder um Stimmen noch um Ämter konkurrieren. Folglich kann mit ihnen nicht-taktisch und nicht-politisch kommuniziert werden. Ihre realen Transaktionskosten sind geringer als die ›Kreditverträge‹, die in den Politiknetzwerken untereinander geschlossen werden: »Unterstütze mich jetzt, dann wird es dir später in Form eines Amtes ausgezahlt, wenn *wir* die Macht haben, über Ämter zu verfügen.« Solche Kopplungsgeschäfte sind Loyalitätskäufe, die – obschon informell – reelle Wirkung haben. Sie sind die moderne Verlängerung von vormoderner Gefolgschaft und deshalb auch der einzige residuale Eliten-Mechanismus, den wir in vivo noch vorfinden.

Mit den Beratern kommen unmittelbare Markttransaktionen ins Politikgeschäft: Beratungsleistung gegen unmittelbare Bezahlung. Weder Vertrauen noch Loyalität werden ›gekauft‹, sondern reelle Leistungen: entweder Lieferung von Konsensformeln, von Maklermacht oder Performanz der Budgetmächtigkeit, sich Berater leisten zu können.

Diese Inklusion von Marktlichkeit bedeutet eine Exklusion von Politik im Kernbereich der Politik. Politiker wollen mit Nichtpolitikern kommunizieren, um Varianz zu erzeugen und um einfach andere Sichtweisen und Beurteilungen zu erhalten. Beratung ist Milieuwechsel innerhalb des Milieus ebenso wie Kontextwechsel. Aber sie ist auch ein klares Zeichen für die Obsolenz von Eliten: Denn wo sie auf Beratung angewiesen sind, sind sie nicht mehr bei sich selbst, ohne die Gelassenheit in der Macht, welche die klassischen Eliten auszeichnete.

Wenn Elite heißt, die Macht wie ein Verfügungsrecht zu haben, haben wir keine Eliten mehr, denn jene, die in der Politik in Führung gehen, leben in temporärem Konsens, in temporären Netzwerken, in Kontingenzzräumen, welche die Teilhabe an der Macht weder sichern noch gewährleisten. Deshalb haben die Führungskohorten Sekundärstrategien entwickelt, die sie als Elite abschaffen, aber dafür Ämter sichern. Die Netzwerkstrukturen, die das Sichern der Ämter betreiben, beginnen zunächst im Raum der Politik ihre Wirkung zu entfalten, etwa bei der Besetzung von politischen Positionen und Wahlämtern; danach wirken sie im rückwärtigen Raum der politischen Nachversorgung: bei Verbänden, in kommunalen Einrichtungen oder Bundesgesellschaften, in ›outgesourceten‹ Bundes- oder Kommunalunternehmen und verwandten Institutionen, aber auch in wirtschaftlichen und unternehmerischen Bereichen. Diese Netzwerke sind klubförmig strukturiert, aber nicht eliteorientiert. Sie versorgen die Politiker mit Ruhepositionen – postelitär – *nach* ihren Führungserfahrungen.

So entwickeln sich *Quasi*-Eliten, mit enger Netzwerkverbundenheit und Klubcharakteristik, die nicht die Machtausübung priorisieren, sondern die Erhaltung und den Gewinn von Ämtern nach der Macht (selbst dann, wenn sie auf dem Feld der Politik versagt haben). Eliten, kann man resümieren, sind Netzwerkvereine zur Machtausführung mit Rückversicherungsstrategem. Die Macht ist eher das transitorische Ziel, das spätestens dann, wenn die Machtposition gefährdet ist oder die Macht einer Regierung erodiert, in das eigentliche Ziel mündet: Versorgung mit Ämtern nach der Macht (Rentseeking). Die Macht, die dann im postelitären Bereich ausgeübt wird, ist machtlos, aber versorgungssicher.